



**Seminarankündigung**  
**„Aktuelle Entwicklungen im Daten(schutz)recht“**  
– Sommersemester 2024 –

Im Sommersemester 2024 wird Frau Prof. Dr. Barbara Sandfuchs gemeinsam mit Herrn Tilman Herbrich das Seminar „Aktuelle Entwicklungen im Daten(schutz)recht“ durchführen.

Das Seminar kann als **Zulassungseminar** für jeden Schwerpunktbereich oder als **Prüfungseminar** im **Schwerpunktbereich 7 (Medienrecht)** besucht werden.

Handelt es sich um ein Prüfungseminar, hat die Anmeldung beim Prüfungsamt vorher zu erfolgen! Es können Studierende ab dem 4. Semester teilnehmen, die Teilnehmerzahl ist auf 15 begrenzt.

**Folgende Themen stehen zur Bearbeitung (max. 15 Teilnehmer/innen; first come, first serve):**

1. Abgrenzung zwischen „Verantwortlichem“ und „Auftragsverarbeiter“ – insbesondere im Lichte der EuGH-Entscheidung C-683/21
2. Vertragliche Haftungsregelungen zwischen verschiedenen an einer Verarbeitung personenbezogener Daten Beteiligten – sinnvolle Regelungsgegenstände und AGB-rechtliche Grenzen?
3. Vertragliche Regelungen zwischen zwei an einer Verarbeitung personenbezogener Daten beteiligten Verantwortlichen, wenn keine gemeinsame Verantwortlichkeit i.S.v. Art. 26 DSGVO vorliegt – erforderlich und/oder sinnvoll?
4. Maßstäbe für die Auslegung von Art. 6 DSGVO und Art. 9 DSGVO vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils in Sachen C-252/21 (Bundeskartellamt ./ Meta Platforms u.a.)
5. Vereinbarkeit von Meta's „Pay or OK“-Model mit der DSGVO?
6. Einwilligungserklärungen und Datenschutzinformationen als Allgemeine Geschäftsbedingungen
7. Personal Information Management Systeme (vgl. § 26 TTDSG) – Überblick und rechtliche Anforderungen
8. Die Regulierung personalisierter Online-Werbung im Querschnitt von DSA, DMA und DSGVO sowie Vorschlag für eine Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung
9. Die Auswirkungen des EuGH-Urteils in Sachen C-34/21 (Hauptpersonalrat) auf die Europarechtskonformität von § 26 BDSG und möglich Konsequenzen für den Umgang mit Beschäftigendaten
10. Anforderungen des Art. 22 DSGVO – insbesondere im Licht der EuGH-Entscheidung C-634/21 (Land Hessen ./ SCHUF Holding AG)
11. Das EU-U.S. Data Privacy Framework – Überblick und datenschutzrechtliche Bewertung
12. Die Auslegung des Auskunftsrechts und des Rechts auf Kopie nach Art. 15 DSGVO in der Rechtsprechung des BGH und EuGH
13. Das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO – eine Erfolgsgeschichte?
14. Klagebefugnis von Verbraucherverbänden für Unterlassungsansprüche gegen DSGVO-Verstöße, insbesondere im Licht des EuGH-Urteils in Sachen C-319/20 (Meta Platforms Ireland Limited / Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände – Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.) und der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Verbandsklagerichtlinie) durch das VRUG im UKlaG
15. Die neue Abhilfeklage für Verbraucherverbände nach dem VDuG als Wendepunkt der kollektiven Rechtsdurchsetzung mittels Masseklagen gegen Datenschutzverstöße?
16. Der Unterlassungsanspruch betroffener Personen gegen DSGVO-Verstöße und Konkurrenz mit nationalen Anspruchsgrundlagen, insbesondere unter Berücksichtigung des BGH-Vorlagebeschlusses vom 26.09.2023 – VI ZR 97/22

17. Post Data Breach Litigation – Die Durchsetzung immaterieller Schadenersatzansprüche nach Art. 82 DSGVO nach Datenschutzvorfällen im Licht des EuGH-Urteils in der Rechtssache C-340/21 (VB ./ Natsionalna agentsia za prihodite)
18. Das Bußgeldverfahren nach Maßgabe der DSGVO und Grenzen der Organhaftung nach mitgliedstaatlichen Verfahrensregelungen unter Berücksichtigung des EuGH-Urteils in der Rechtssache C-807/21 (Deutsche Wohnen)
19. Der Mechanismus des Art. 65 DSGVO – insbesondere im Licht des EuGH-Urteils in Sachen C-645/19 (Facebook Ireland u.a.) und der „Guidelines 03/2021 on the application of Articles 65(1)(a) GDPR, Version 2“ des Europäischen Datenschutzausschusses vom 24. Mai 2023 – eine Erfolgsgeschichte?
20. Regress bei datenschutzrechtlicher Falschberatung – Fallstricke und sinnvolle Vertragsgestaltungen
21. Datenschutzrechtliche Fallstricke in der Due Diligence
22. Nichtigkeit von M&A-Verträgen nach § 134 BGB wegen DSGVO-Verstößen
23. Datenschutzrechtliche Anforderungen an die Nutzung einer Cloud durch öffentliche Verwaltungen
24. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Nutzung von Social-Media-Kanälen durch die öffentliche Verwaltung, insbesondere im Lichte des Untersagungsbescheides des BfDI gegen das Bundespresseamt vom 17.02.2023
25. Die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz – Grundzüge und ausgewählte Probleme
26. Einsatz von ChatGPT durch Richterinnen und Richter – zulässig?“

Kurzfristige Themenänderungen vorbehalten

**Vorbesprechung:** Fr. 2. Februar 2024 17-18 Uhr via Zoom,  
Einwahldaten werden via E-Mail verschickt

Das Seminar wird als Blockseminar am Sa. 6. Juli 2024 und So. 7. Juli 2024, ganztägig stattfinden.

Die Bearbeitungszeit beträgt neun Wochen (Zulassungsseminar) bzw. acht Wochen (Prüfungsseminar) und kann im Zeitraum zwischen 5. Februar 2024 (= frühester Bearbeitungsbeginn) und 6. Juni 2024 (= spätester Abgabetermin) frei gewählt werden. Beginnt die Bearbeitungszeit z.B. am 5. Februar 2024, endet sie am 8. April 2024 (Zulassungsseminar) bzw. 2. April 2024 (Prüfungsseminar). Beginnt die Bearbeitungszeit am 4. April 2024, endet sie am 6. Juni 2024 (Zulassungsseminar) bzw. 30. Mai 2024 (Prüfungsseminar).

**Prüfungsseminar:** der Umfang der Arbeiten beträgt 20 – 25 Seiten

**Zulassungsseminar:** der Umfang der Arbeiten beträgt 12 – 15 Seiten

**Vortragszeit :** die Vortragszeit beträgt 20 – 30 Minuten.

Bitte melden Sie sich unter Angabe von

- drei bis fünf Themenwünschen inkl. Themenummer,
- des gewünschten Bearbeitungsbeginns und
- der Information, ob Zulassungs- oder Prüfungsseminar gewünscht ist,

unter [barbara.sandfuchs@uni-leipzig.de](mailto:barbara.sandfuchs@uni-leipzig.de) an.